

Innenpolitik 2020/2021

Christian G. Winkler

Domestic Politics 2020/2021

This chapter discusses recent major development in Japan's domestic politics, including the first year in office of the Suga Cabinet and the ongoing struggle against the COVID-19 pandemic. It also includes analyses of the Tokyo prefectural assembly elections and potential implications for the major parties' strategies against the backdrop of the upcoming Lower House election campaign. Moreover, this chapter outlines the government's new energy policy and major scandals.

1 Wahlen

1.1 Wahlen auf nationaler Ebene

Im April 2021 kam es zu drei Wahlen auf nationaler Ebene, in dem Unterhauswahlkreis Hokkaidō 2 sowie den Oberhauswahlkreisen Hiroshima und Nagano. Kandidaten der Oppositionsparteien setzten sich in allen drei Wahlkreisen durch. Der plötzliche Tod von Amtsinhaber Yūichirō Hata (Infrastrukturminister im Kabinett Noda) hatte die Wahl in Nagano notwendig gemacht. Der Sohn des früheren Premierministers Tsutomu Hata war im Dezember 2020 an COVID-19 gestorben. Hatas Bruder Jirō gewann die Wahl gegen den von der LDP aufgestellten ehemaligen Unterhausabgeordneten Yutaka Komatsu (YS 26.04.2021).

In Hokkaidō und Hiroshima hatten Skandale (siehe Abschnitt 5) die beiden LDP-Amtsinhaber Takamori Yoshikawa und Anri Kawai zum Rücktritt gezwungen und Neuwahlen erforderlich gemacht. In Hokkaidō verzichtete die LDP als Reaktion auf den Yoshikawa-Bestechungsskandal auf die Nominierung eines Kandidaten. Diese seltene Passivität von Seiten der LDP bescherte dem ehemaligen Unterhausabge-

ordneten der Demokratischen Partei, Kenkō Matsuki, einen ungefährdeten Wahlsieg. Der von den Oppositionsparteien unterstützte Matsuki hatte seinen Sitz bei den Unterhauswahlen im Oktober 2017 an Yoshikawa verloren. Anders als in Hokkaidō stellte die LDP in Hiroshima mit dem ehemaligen Ministerialbeamten Hidenori Nishida einen Kandidaten als Nachfolger von Anri Kawai auf. Die Präfektur gilt seit jeher als LDP-Hochburg, nicht zuletzt weil sie die politische Heimat von führenden LDP-Politikern wie den ehemaligen Premierministern Hayato Ikeda und Kiichi Miyazawa sowie deren Nachfolger als Faktionsvorsitzender des Kōchikai Kishida ist. Der Kawai-Skandal machte diesen Wettbewerbsvorteil jedoch zunichte und so setzte sich mit Haruko Miyaguchi die von der Opposition gestützte Kandidatin gegen Nishida durch (YS 26.04.2021). Die Niederlagen wurden zwar als ein herber Schlag für Premierminister Suga gewertet, hatten jedoch kaum Auswirkungen auf die nationale Politik.

1.2 Wahlen auf regionaler Ebene

Bei den Wahlen zum Präfekturparlament in Tōkyō gewann die LDP 33 von 127 Sitzen, und damit acht mehr als bei der historischen Niederlage vor vier Jahren. Die Kōmeitō gewann 23 Sitze. Damit verfehlten die Regierungsparteien die für eine Mehrheit notwendige Zahl von 64 Sitzen relativ deutlich. Die von Gouverneurin Yuriko Koike ins Leben gerufene Regionalpartei Tomin First (Bürger Tōkyōs Zuerst) büßte 14 Sitze ein. Mit 31 Sitzen stellt Koikes Partei jedoch nach der Wahl die zweitstärkste Fraktion im neuen Tōkyōter Abgeordnetenhaus. Die Kommunistische Partei Japans (KPJ) gewann 19 Sitze (+1), und die Konstitutionell-Demokratische Partei (KDP) 15 (+7). Sieben Sitze entfielen auf Kandidaten anderer Parteien und unabhängige Kandidaten (AS 06.07.2021).

Wahlen zum Regionalparlament Tōkyōs gelten seit jeher als Stimmungsbarometer für nationale Wahlen. Die Regierungsparteien hatten sich im Gegensatz zu den Wahlen im Jahre 2017 bereits früh auf eine Kooperation verständigt, worauf sich die LDP Hoffnungen auf einen deutlichen Sieg machte. Bei den Wahlen vor vier Jahren hatte die Kōmeitō noch mit der Tomin First kooperiert und damit Verstimmungen bei der LDP ausgelöst. Das unerwartet gute Abschneiden der Tomin First zeigte einmal mehr die Popularität von Koike sowie den Wählerwunsch nach einer Alternative zur Regierungskoalition (AS 27.07.2021).

In zehn Präfekturen wurden Gouverneure neu gewählt. In sechs Fällen (Okayama, Tochigi, Gifu, Yamagata, Akita und Shizuoka) wurden die Amtsinhaber*innen im Amt bestätigt. Besondere Beachtung fand dabei die Wahl in Shizuoka. Dort

setzte sich der von den Oppositionsparteien und dem nationalen Gewerkschaftsverband Rengō unterstützte Amtsinhaber Heita Kawakatsu klar gegen seinen von der LDP unterstützten Gegenkandidaten Shigeki Iwai durch. Das den Wahlkampf dominierende Thema waren potentielle Auswirkungen von Tunnelbauarbeiten auf einen für die Wasserversorgung der Präfektur wichtigen Fluss (Öigawa). Neben seinem hohen Bekanntheitsgrad und dem Amtsinhaberbonus konnte Kawakatsu vor allem mit seiner kritischen Haltung gegenüber dem Infrastrukturministerium und JR Tōkai Punkte bei der Wählerschaft sammeln. JR Tōkai plant im Jahre 2027 eine Magnetschwebbahn-Trasse zwischen Tōkyō und Nagoya einzuweihen. Die Strecke beinhaltet u. a. die Untertunnelung des Flusses. Während JR Tōkai und Regierung keine negativen Auswirkungen des Tunnelbaus sehen, ist Kawakatsu skeptisch (*NHK* 21.06.2021).

In Fukuoka, Chiba und Hyōgo standen die jeweiligen Amtsinhaber nicht mehr zur Wahl. In Fukuoka war der erst vor einem Jahr im Amt bestätigte Amtsinhaber Ogawa aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Sein Nachfolger wurde der ehemalige Vize-Gouverneur Seitarō Hattori. Dessen Kandidatur wurde von den Regierungsparteien sowie der KDP und SDPJ unterstützt. Hattoris Konkurrentin, die von der KPJ unterstützte, ehemalige Stadträtin Mieko Hoshino konnte Hattoris Wahlsieg nicht gefährden. Letztlich konnte er 81 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen (*AS* 13.04.2021).

In Chiba war Amtsinhaber Morita nach 12 Jahren im Amt nicht mehr angetreten, während Toshizō Ido nach 20 Jahren an der Spitze der Präfektur Hyōgo nicht mehr zur Wiederwahl stand. Moritas Nachfolger wurde der ehemalige Bürgermeister von Chiba Stadt, Toshihito Kumagai. Er gewann die Wahl mit mehr als einer Million Stimmen Vorsprung vor dem von der LDP unterstützten, ehemaligen Abgeordneten im Präfekturparlament Masayuki Seki. Obwohl Seki der offizielle LDP-Kandidat war, unterstützten Abgeordnete der Regierungskoalition sowie die lokalen Parteiorganisationen der Opposition Kumagai. Dieser wiederum positionierte sich während des Wahlkampfes erfolgreich als parteiloser Kandidat und konnte sich somit Stimmen aus beiden Lagern sichern (*NHK* 22.03.2021). In Hyōgo konnte sich mit Motohiko Saitō der von LDP und Ishin unterstützte Kandidat gegen vier Mitbewerber durchsetzen. Unter den erfolglosen Konkurrenten war auch der von Ido als Nachfolger auserkorene, ehemalige Vize-Gouverneur Kazuo Kanazawa, der Teile der lokalen LDP sowie die KDP und DPV hinter sich wusste (*MS* 19.07.2021).

Lediglich in Toyama wurde der Amtsinhaber aus dem Amt gewählt. Takakazu Ishii kandidierte für eine fünfte Amtszeit, verlor die Wahl im Oktober 2020 jedoch gegen den ehemaligen Nihonkai Gas Vorsitzenden Hachirō Nitta. Letzterer hatte sich ursprünglich um die Unterstützung der LDP Toyama bemüht, diese gab jedoch

Ishii den Vorzug. Darauf trat Nitta als unabhängiger Kandidat an. Seine Kandidatur wurde nichtsdestotrotz von Teilen der LDP und dem Bürgermeister von Toyama Stadt mitgetragen, und so setzte er sich letztlich knapp gegen Amtsinhaber Ishii durch (AS 26.10.2020).

Eine kommende Wahlentscheidung auf lokaler Ebene, die Bürgermeisterwahl in Yokohama Ende August 2021, hat durch die Entscheidung des Kabinettsmitglieds Hachirō Okonogi, seinen Hut in den Ring zu werfen, an Brisanz gewonnen. Okonogis Kandidatur stellt die LDP in Yokohama und der Präfektur Kanagawa, in der u. a. die Wahlkreise von Premier Suga, sowie der Kabinettsmitglieder Kōno und Koizumi liegen, vor eine interessante Herausforderung. Suga arbeitete zu Beginn seiner politischen Laufbahn als Sekretär von Okonogis Vater, dem ehemaligen Bauminister Hikosaburō Okonogi. Aufgrund dieser gemeinsamen Historie mag es offensichtlich klingen, dass Suga Okonogi die Unterstützung aussprach. Nichtsdestotrotz kam Sugas Unterstützung überraschend, denn die LDP hatte zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden, keine Wahlempfehlungen auszusprechen. Hinzu kommt, dass ein Teil der LDP-Stadtratsfraktion Amtsinhaberin Hayashi unterstützt. Eines der wichtigsten Themen ist der umstrittene Plan, im Hafen Yokohamas ein Casino zu bauen. Bürgermeisterin Hayashi hatte sich entgegen vieler Widerstände mit Unterstützung der Zentralregierung für das Projekt starkgemacht. Im Gegensatz zu Hayashi und Suga hat sich Okonogi klar gegen das Projekt ausgesprochen, was Sugas Unterstützung in ein interessantes Licht rückt (*Jiji* 29.07.2021).

2 Die Parteien

2.1 Die LDP

Nach Abes Rücktrittsankündigung Ende August 2020 hielt die LDP Mitte September eine Vorsitzendenwahl ab. Neben Regierungssprecher Suga standen Abes alter Rivale Shigeru Ishiba sowie der PARC-Vorsitzende Fumio Kishida zur Wahl. Kishida hatte sich Hoffnungen gemacht, dass Abe seine Kandidatur unterstützen würde, aber diese sollten sich nicht erfüllen. Abe sowie Vize-Premierminister Tarō Asō und LDP-Generalsekretär Toshihiro Nikai sahen in Suga den besten Kandidaten. Letztlich stimmten fünf LDP-Faktionen für Suga. Dieser konnte insgesamt 377 Stimmen auf sich vereinen, Kishida und Ishiba lediglich 89 bzw. 68 Stimmen (YS 15.09.2020). Das Wahlergebnis demonstrierte zum einen die nach wie vor existierende Relevanz der Faktionen und zum anderen den Einfluss von Abe, Asō und Nikai. Durch seine frühe Unterstützung für die Kandidatur Sugas sicherte sich Ni-

kai eine erneute Ernennung zum Generalsekretär. Der ehemalige Innenminister Tsutomu Satō von der Asō-Fraktion wurde zum Vorsitzenden des LDP-Exekutivkomitees ernannt. Abes Vertrauter Hakubun Shimomura, der unter Abe bereits u. a. Kultusminister, Vizeregierungssprecher und stellvertretender LDP-Generalsekretär war, wurde Vorsitzender des PARC (MS 16.09.2020).

Als fraktionsloser LDP-Abgeordneter fehlt Suga die Machtbasis, auf die sich viele seine Vorgänger stützen konnten (MS 16.09.2020). Diese Konstellation beschert den Fraktionen ein im Vergleich zur jüngsten Vergangenheit erneut höheres Maß an Einfluss und Unabhängigkeit. Obwohl die partei-internen Gruppierungen zu der LDP gehören wie Bischöfe zur katholischen Kirche, haben Machtkämpfe zwischen ihnen die Partei in der Vergangenheit mehrmals schwer belastet und 1980 sogar in unerwartete Neuwahlen gestürzt (Ishikawa und Yamaguchi 2010: 141–142). Nach den Wahlrechtsreformen Mitte der 1990er Jahre begann der Einfluss der Fraktionen auf die Nominierung von Kandidaten zu schwinden, da im Unterhaus sowie in vielen Oberhauswahlkreisen nur noch ein Direktmandat zu vergeben ist. Vor diesem Hintergrund ist die Machtfülle der Parteiführung, allen voran die des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs gewachsen (Krauss und Pekkanen 2010: 100–153). Das bedeutet jedoch nicht, dass die Fraktionen nicht weiter versucht hätten, ihre jeweiligen Mitglieder zu offiziellen LDP-Kandidaten ernennen zu lassen. Vor allem Generalsekretär Nikai hat in den vergangenen Jahren viel getan, um seine Fraktion zu vergrößern. Stand August 2021 wird die LDP wohl 278 Kandidaten in den insgesamt 289 Unterhaus-Einwahlkreisen aufstellen. In circa zehn Fällen gibt es jedoch parteiinterne Streitigkeiten um die Nominierung. Dabei stehen sich oft von Nikai unterstützte Bewerber und Mitglieder anderer Fraktionen gegenüber. So erhob Yasutaka Nakasone, Enkel des ehemaligen Premierministers Yasuhiro Nakasone und Mitglied der Nikai-Fraktion, Anspruch auf die Nominierung als LDP-Kandidat im Wahlkreis Gunma 1, obwohl mit Akiko Omi von der Hosoda-Fraktion bereits ein LDP-Mitglied den Wahlkreis im Unterhaus vertritt und Amtsinhaber*innen in aller Regel erneut aufgestellt werden (AS 10.08.2021; YS 21.07.2021).

Parteiinterne Spannungen zeigen sich allerdings nicht nur bei den oben skizzierten Machtfragen. Da die olympische Charter Diskriminierung auf Basis sexueller Orientierung verbietet, ein entsprechendes Gesetz in Japan jedoch nicht existiert, hatten sich Regierung und Opposition darauf verständigt, ein Gesetz zu verabschieden, das diese Diskriminierung »nicht toleriert« und die Regierung verpflichtet, einen Rahmenplan mit dem Ziel, größeres Verständnis in der Gesellschaft zu erreichen, zu entwerfen. Mit ihrer Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf wollte die LDP zudem der Opposition vor den Unterhauswahlen den Wind aus den Segeln nehmen. Letztlich scheiterte dieser Plan am heftigen Widerstand des rechten Partei-

flügels. Darauf entschied die Parteiführung, das Thema zu vertagen und in der nächsten Sitzungsperiode einen erneuten Versuch zu starten (MS 25.05.2021; YS 29.05.2021). In dieser Hinsicht ähnelt diese Episode dem erfolglosen Versuch der Koizumi-Regierung, ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechten zu verabschieden. Dieser Gesetzesentwurf scheiterte letztlich u. a. auch am Widerstand von konservativen Kräften innerhalb der LDP (MS 30.06.2008).

2.2 Die Kōmeitō

Die Kōmeitō stellte auf ihrem Parteitag im September 2020 ihre neue Führungsmannschaft vor. Zu dieser zählen neben dem Parteivorsitzenden Natsuo Yamaguchi u. a. Generalsekretär Keiichi Ishii (der zuvor das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs bekleidet hatte) und der PARC-Vorsitzende Yuzuru Takeuchi (ehemals Vize-Gesundheitsminister). Yamaguchi erklärte mit der Ernennung von Ishii und Takeuchi (beide 62), die schrittweise Verjüngung des Parteivorstandes einleiten zu wollen (MS 29.09.2020).

Wie bereits unter 1.2 erwähnt, gelang es dem langjährigen Koalitionspartner der LDP bei den Wahlen zum Tōkyōter Abgeordnetenhaus zum achten Mal in Folge, eine weiße Weste zu bewahren. Alle 23 Kōmeitō-Kandidaten in Tōkyō wurden gewählt und zogen in das Präfekturparlament ein. Diese beeindruckende Serie von Wahlsiegen kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass man vor den Wahlen Niederlagen in vier Wahlkreisen befürchtet hatte. Diese Sorgen fußten zum einen in den Corona-bedingten Restriktionen und deren negativen Auswirkungen auf die Wahlkampfmaschinerie der Sōkka Gakkai, zum anderen auf der Kritik am großen Koalitionspartner (YS 22.07.2021).

Für die kommenden Unterhauswahlen hat der Parteivorsitzende Yamaguchi das Ziel von acht Millionen Zweitstimmen ausgegeben. Obwohl die Regierungskoalition die letzten drei Unterhauswahlen (2012, 2014, 2017) deutlich zu ihren Gunsten entscheiden konnte, ist die Zahl der für die Kōmeitō abgegebenen Zweitstimmen seit mehr als einem Jahrzehnt rückläufig. 2005 hatten fast neun Millionen WählerInnen ihre Zweitstimme der Kōmeitō gegeben, bei den Unterhauswahlen im Jahr 2009 waren es noch 8,05 Millionen, 2017 jedoch nur noch 6,97 Millionen (Ishikawa und Yamaguchi 2010: 262; YS 22.7.2021).

2.3 Die Konstitutionell-Demokratische Partei

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass die Konstitutionell-Demokratische Partei gestärkt in den kommenden Unterhauswahlkampf zieht. Ihre Kandidaten haben in Nagano, Hokkaidō und Hiroshima Siege eingefahren, die Kooperation mit der KPJ bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in der Präfektur Tōkyō hat Früchte getragen und die Umfragewerte der Regierung Suga sind im Juli auf einen neuen Tiefststand gesunken. Andererseits haben die Wahlen in Tōkyō auch gezeigt, dass viele Wähler die KDP noch immer nicht als Alternative zur LDP ansehen. Zwar gelang es der Partei, ihre Sitze im Abgeordnetenhaus von 8 auf 15 zu verdoppeln, allerdings wurde sie lediglich fünfte Kraft (hinter LDP, Tomin First, Kōmeitō und KPJ).

Bei den kommenden Unterhauswahlen will die KDP insgesamt 212 Kandidaten in Einzelwahlkreisen aufbieten (zum Vergleich: die LDP will 278 Kandidaten nominieren) (AS 10.08.2021). Mit Blick auf die Wahlen hat das Ergebnis bei den Regionalwahlen in Tōkyō erneut deutlich gemacht, wie effektiv aber auch komplex die Kooperation mit der KPJ ist. Deren Ablehnung in den Reihen der Demokratischen Partei des Volkes (DPV) und des japanischen Gewerkschaftsbundes Rengō, seines Zeichens wichtigstes organisatorisches Rückgrat der KDP im Wahlkampf, ist nach wie vor groß. Auch drei Jahrzehnte nach der Geburt Rengōs durch die Fusion der lange verfeindeten Gewerkschaftsverbände Dōmei und Sōhyō gibt es auch 2021 noch Differenzen zwischen den beiden alten Verbänden. Ein gemeinsamer Nenner war und ist bis heute die Ablehnung der KPJ. Daraus ergibt sich für den Gewerkschaftsverband eine komplizierte Situation: Intern ist man auf die Abneigung gegenüber der KPJ angewiesen, um Spannungen zu übertünchen. Im Wahlkampf gegen die Regierungskoalition ist diese Abneigung allerdings problematisch: Haben doch die Wahlen zum Tōkyōter Regionalparlament gezeigt, wie effektiv eine Kooperation mit der verhassten KPJ sein kann. Von der KPJ unterstützte KDP-Kandidaten haben in sieben von neun Wahlkreisen Siege eingefahren (AS 31.07.2021).

2.4 Die japanische Innovationspartei (JIP)

Auf Initiative der JIP kam es im November 2020 zu einem zweiten Bürgerentscheid über die Fusion der Stadt Ōsaka mit der gleichnamigen Präfektur (*Ōsakato Kōsō*). Das Ergebnis war jedoch das gleiche wie 2015: Eine knappe Mehrheit stimmte gegen das von der JIP seit ihrer Gründung vorangetriebene Projekt. Darauf kündigte der JIP-Parteivorsitzende Matsui seinen Rücktritt aus der Politik

nach Ablauf seiner laufenden Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Ōsaka an (NHK 02.11.2020).

Bei den kommenden Unterhauswahlen plant die JIP 65 Kandidaten mit Schwerpunkt in ihrem Stammland im Kansai-Gebiet aufzustellen (AS 10.08.2021).

3 Das Kabinett

Im September 2020 kündigte Shinzō Abe an, von seinem Posten als Premierminister und LDP-Parteivorsitzender zurückzutreten, nachdem sich sein Gesundheitszustand verschlechtert hatte. Abe leidet an der chronischen Darmerkrankung *colitis ulcerosa*. Damit endete die Periode des zweiten Abe-Kabinetts nach fast acht Jahren. Zwar regierte Abe länger als seine Vorgänger, sein großes Ziel, die Änderung der japanischen Verfassung, konnte er allerdings auch im zweiten Anlauf nicht verwirklichen.

Der LDP-interne Wettkampf um Abes Erbe entwickelte sich, wie bereits unter 2.1 erläutert, sehr schnell zu einem einseitigen Rennen, nachdem die wichtigsten LDP-Faktionen sich für Regierungssprecher Suga als Nachfolger stark gemacht hatten. Suga beließ acht der von Abe ernannten Minister auf ihren Posten, darunter Vizepremier und Finanzminister Asō, Außenminister Motegi, Kultusminister Hagiuda, Umweltminister Koizumi sowie den Minister für wirtschaftliche Revitalisierung und die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie Nishimura. Mit dem ehemaligen Gesundheitsminister Katsunobu Katō machte Suga einen engen Vertrauten Abes zu seinem Nachfolger als obersten Regierungssprecher. Fünf LDP-Abgeordnete wurden zum ersten Mal in das Kabinett berufen, unter ihnen Abes Halbbruder Nobuo Kishi als Verteidigungsminister. Justizministerin Kawakami und Gesundheitsminister Tamura hatten in der Vergangenheit bereits Kabinetts Erfahrung auf ihren jeweiligen Posten gesammelt. Suga ernannte zudem den ehemaligen Verteidigungs- und Außenminister Tarō Kōno zum Minister für administrative Reformen und Deregulierung sowie Okinawa und die nördlichen Territorien, in der Folge kam dann noch die Organisation der Impfkampagne zu Kōnos Portfolio hinzu. Dem von Suga neu geschaffenen Amt für digitale Angelegenheiten steht der ehemalige IT-Minister Tatsuya Hirai vor (MS 16.09.2020).

Fünf Kabinettsposten gingen an Mitglieder der Hosoda-Fraktion, drei an Mitglieder der Asō-Fraktion, jeweils zwei an Mitglieder der Takeshita-, Nikai- und Kishida-Faktionen, ein Posten an die Ishiba-Fraktion, sowie drei an LDP-Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören. Damit sollten die wichtigsten LDP-Faktionen zufrieden gestellt werden (AS 17.09.2020). Die Unterstützung der Fraktionen ist für Suga wich-

tiger als für seinen Vorgänger. Als Mitglied der größten LDP-Fraktion (der einst von seinem Großvater und Vater angeführten Hosoda-Fraktion) war Abe deren Unterstützung sicher. Im Gegensatz zu Abe verfügt Suga als faktionsloser Abgeordneter nicht über eine solche parteiinterne Machtbasis.

Bis Redaktionsschluss Anfang August 2021 kam es im Kabinett Suga zu zwei Veränderungen. Die für die Austragung der Sommerspiele zuständige Ministerin Hashimoto Seiko wechselte nach dem Rücktritt von Yoshirō Mori im Februar 2021 an die Spitze des Organisationskomitees (siehe Abschnitt 5). Hashimotos Nachfolgerin wurde Tamayo Marukawa, die selbigen Posten bereits unter Abe bekleidet hatte (*MS* 19.02.2021). Im Juni 2021 reichte der Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Sicherheit Hachirō Okonogi seinen Rücktritt ein. Der ehemalige stellvertretende LDP-Generalsekretär und Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Unterhauses Yasufumi Tanahashi rückte für Okonogi in das Kabinett. Okonogis Rücktritt war die Konsequenz aus seiner Entscheidung, bei der Bürgermeisterwahl in seiner Heimatstadt Yokohama anzutreten (siehe hierzu Abschnitt 1.2).

In seiner ersten Regierungserklärung am 26. Oktober 2020 betonte Suga, die Hauptaufgaben seines Kabinetts seien die Bekämpfung der Corona-Pandemie und die Revitalisierung der japanischen Wirtschaft. Des Weiteren gab der Premierminister Klimaneutralität bis 2050, das Einreißen von Silo-Strukturen in der Administrative sowie die Digitalisierung der Verwaltung als Ziele aus. Er versprach die zügige Umsetzung der folgenden Versprechen: eine Senkung der Mobilfunkgebühren, die Schaffung eines Amtes für Digitale Angelegenheiten sowie die Versicherungsdeckung von Unfruchtbarkeitsbehandlungen. Auffällig war dabei, dass Suga den Fokus seiner Rede stark auf konkrete Vorhaben legte und anders als sein Vorgänger nicht von großen Visionen für die Zukunft Japans im 21. Jahrhundert sprach. Abe hatte in diesem Zusammenhang immer wieder betont, wie wichtig es sei, eine von Japanern geschriebene Verfassung, die Japans Werte in der Ära Reiwa aufzeigt, zu realisieren. Suga hingegen erwähnte das Thema Verfassung lediglich am Rande (*NNS* 27.10.2020; *TKO* 2020).

Kontinuität zu seinem Vorgänger legte Suga allerdings bei seinem Umgang mit Kritikern an den Tag. So verweigerte Suga die Ernennung von sechs vom Japanischen Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Forschern zu neuen Ratsmitgliedern. Das Kabinett hatte die Empfehlungen des Rates unter Berücksichtigung der Forschungsfreiheit bis 2020 stets angenommen und in der Vergangenheit betont, dass es sich bei der Absegnung durch den Premierminister lediglich um eine Formalie handele. Suga entschied sich, dieses Gerüst zu ignorieren. Im Parlament gab er an, dass es ihm bei der Entscheidung um »mehr Vielfalt« im Wissenschaftsrat ginge.

Kritiker sahen in der Entscheidung vor allem eine Retourkutsche an die Adresse von Wissenschaftlern, die sich gegen die Änderung der Interpretation von Artikel 9 der Verfassung, den Bau eines neuen Militärstützpunktes in Henoko (Okinawa) oder das Gesetz über den Schutz bestimmter Staatsgeheimnisse ausgesprochen hatten (MS 03.10.2020). In Folge der kontroversen Entscheidung versuchten Premier und LDP den Wissenschaftsrat als eine »eigennützige Interessengruppierung« zu charakterisieren, die dringend reformiert werden müsse. Dahinter steht Frust über die ablehnende Haltung des Rates gegenüber Forschung für militärische Zwecke sowie die Kritik vieler Geistes- und Sozialwissenschaftler an diversen Gesetzesinitiativen der Regierung Abe (AS 28.01.2021).

Kurz nach der Amtsübernahme hatte das Kabinett Suga sehr hohe Zustimmungsraten von 65 % (Umfrage der *Asahi*) bis 74 % (laut *Yomiuri*) (AS 18.09.2020; YS 21.09.2020). Mitte Juli 2021 war die Zustimmung nur noch halb so hoch (31 % laut *Asahi*-Umfrage). 65 % der Befragten in der *Asahi*-Umfrage gaben an, sie seien unzufrieden mit den Maßnahmen, die die Regierung im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie ergriffen hatte. Bezeichnenderweise teilten auch 49 % derjenigen, die sich als LDP-Wähler bezeichneten, diese kritische Meinung. 63 % aller Befragten gaben an, die Regierung trage eine »große Verantwortung« für den anhaltenden Mangel an Impfstoff (AS 19.07.2021).

Der Plan der Regierung, durch »Impfen und Spiele«, d. h. höhere Impfquoten sowie die Austragung der Olympischen Spiele in Tōkyō, die Öffentlichkeit wieder für sich zu gewinnen, ist zumindest bei Redaktionsschluss im August 2021 nicht aufgegangen. Obwohl japanische Athleten mehr Edelmetall als je zuvor gewannen, sank die Zustimmung zum Kabinett weiter (MS 09.08.2021). Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die niedrigen Zustimmungswerte auf die Wahl zum LDP-Parteivorsitzenden und die Unterhauswahlen auswirken werden. Bisher haben sich Abe, Asō und Nikai für eine weitere Amtszeit Sugas ausgesprochen. Andererseits berichten die Medien vermehrt über partei-interne Stimmen, die in Anbetracht der nahenden Unterhauswahlen vor einer Niederlage mit Suga an der Parteispitze warnen (MS 09.08.2021).

4 Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Der Kampf gegen die COVID-19-Pandemie bestimmte und bestimmt in vielerlei Hinsicht das Handeln des Kabinetts Suga. Dabei versuchte sich die Regierung mehrmals in dem komplizierten Spagat zwischen Beschränkungen und Lockerungen.

Im Februar 2021 verabschiedete das Parlament Änderungen an den wichtigsten rechtlichen Grundlagen im Kampf gegen die Pandemie, dem Infektionsschutzgesetz sowie dem Gesetz über Sondermaßnahmen zur Bekämpfung der neuen Influenza und anderer Krankheiten. Regierungskoalition, JIP und KDP hatten sich zuvor auf folgende Neuregelungen verständigt: Die Gesetzesänderungen am Infektionsschutzgesetz sehen die Verhängung von Bußgeldern für 1) die Verweigerung einer von den Gesundheitsämtern angeordneten epidemiologischen Untersuchung ohne triftige Gründe sowie 2) die Verweigerung einer Einweisung in ein Krankenhaus bzw. die Flucht aus ärztlicher Behandlung vor. Zudem können die Behörden Krankenhäuser zur Kooperation auffordern, und im Falle einer Weigerung den Namen der unwilligen Klinik veröffentlichen. Änderungen am Sondermaßnahmen-Gesetz erlauben es den Behörden, Bußgelder gegen Betriebe, die sich nicht an Regelungen wie kürzere Öffnungszeiten oder Geschäftsschließungen halten, zu erheben. Sanktionen können nun nicht nur während des Notstandes, sondern auch während einer Schwerpunktmaßnahme zur Verhinderung der Ausbreitung des Corona-Virus genannten Vorstufe verhängt werden (AS 04.02.2021). Die Einführung restriktiver Maßnahmen, wie Ausgangssperren oder Beschränkungen, hat die japanische Regierung u. a. mit Verweis auf verfassungsrechtliche Bedenken bisher abgelehnt (MS 03.05.2021). Inwieweit es wirklich einer Verfassungsänderung bedarf, um restriktivere Maßnahmen zu verordnen, sei dahingestellt. Der Grundrechtskatalog der japanischen Verfassung ist vor allem für eine 1947 in Kraft getretene Verfassung sehr lang und detailliert. De facto hat dieses Grundrechtsregime die Fähigkeiten der Regierung, Grundrechte in bestimmten Fällen einzuschränken, kaum beeinträchtigt, zumindest nicht in dem Maße, wie Kritiker behaupten (vgl. Matsui 2011: 30, 168–169, 229). Notstandsgesetzgebung mag nicht Teil der japanischen Verfassung sein, aber die Einschränkung bestimmter Grundrechte ist bereits im Hier und Jetzt auf Grundlage der oben erwähnten Gesetze bzw. des grundlegenden Gesetzes für Maßnahmen im Katastrophenfall oder des Zivilschutzgesetzes möglich (MS 03.05.2021).

Nichtsdestotrotz wurden pünktlich zum Verfassungsgedenktag erneut Stimmen, die eine Verankerung der Notstandsgesetzgebung in der japanischen Verfassung forderten, laut (MS 03.05.2021a). Auf der anderen Seite warf die Opposition der LDP vor, die Pandemie für die Umsetzung ihrer umstrittenen Pläne zur Verfassungsänderung zu missbrauchen (MS 03.05.2021). Unabhängig davon, wie man zu der obigen Debatte steht, muss man konstatieren, dass die bisherigen Strategien der Regierung im Kampf gegen die Pandemie nicht mehr so effektiv greifen wie noch 2020. Neben der Ausbreitung der infektiöseren Delta-Variante des COVID-19-Virus, die auch durch die gestiegene Zahl von Impfungen nicht aufgefangen werden

konnte, wird vor allem eine Gewöhnung an den Ausnahmezustand als Faktor für den rasanten Anstieg an Infektionen im Sommer 2021 genannt. Kritiker werfen der Regierung zudem vor, mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele ein falsches, weil im Widerspruch zur geforderten Zurückhaltung stehendes Signal an die Bevölkerung gesendet zu haben. Dies habe zur Folge, dass die Kooperationsbereitschaft in Teilen der Bevölkerung sehr stark abgenommen habe und der Effekt des Notstandes mit jeder Ausrufung kleiner geworden sei. Dies zeigte sich am drastischsten während der Olympischen Sommerspiele. Obwohl die Regierung den Notstand in Tōkyō vor Beginn der Spiele ausgerufen hatte und die Wettkämpfe ohne Zuschauer stattfanden, ging die Zahl der Personen, die sich an den wichtigsten Knotenpunkten Tōkyōs wie Shibuya oder Shinjuku aufhielten, kaum zurück. In der Umgebung des Nationalstadions und anderer Wettkampfstätten wurde sogar ein teils signifikanter Anstieg registriert (MS 30.07.2021; YS 02.08.2021).

Vor diesem Hintergrund kam verstärkt Kritik an der öffentlichen »ja, aber...«-Haltung der Regierung auf. Dies betrifft nicht nur die Austragung der Sommerspiele, sondern auch die sogenannte *GoTo*-Kampagne. Dieser Versuch, die von der Pandemie stark gebeutelten Wirtschaftszweige wie Tourismus- und Fernverkehr durch die Subventionierung von Inlandsreisen zu unterstützen, war bereits zu Zeiten des Kabinetts Abe kontrovers diskutiert worden (vgl. Winkler 2020: 37). Als oberster Regierungssprecher unter Abe war Suga zusammen mit LDP-Generalsekretär Nikai, der seit langem die Interessen von Transport- und Tourismusbranche unterstützt, einer der Architekten von *GoTo*. Dieser Hintergrund ist hilfreich, wenn man verstehen will, warum Suga als Premierminister so lange gezögert hat, die Kampagne auszusetzen (AS 25.12.2020). Sowohl die letzte Phase der *GoTo*-Kampagne Ende 2020 als auch die Sommerspiele im Juli und August 2021 fielen in die gleiche Zeit wie massive Anstiege der Infektionszahlen. Eigentlich sollte die fortschreitende Impfkampagne die Infektionen eindämmen, allerdings sind Stand 6. August 2021 lediglich 32,9 % der japanischen Bevölkerung vollständig gegen COVID-19 geimpft (zum Vergleich in den Vereinigten Staaten sind es 50,7 %, in der Bundesrepublik 54,5 % und in Großbritannien 58,7 %; JHU 2021).

Wie bereits unter 3. erwähnt, macht eine Mehrheit der Befragten in Meinungsumfragen die Regierung für den anhaltenden Impfstoffmangel verantwortlich. Bedenkt man die massiven Auswirkungen, welche die Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft hat, ist es nicht unabwegig, dass die Bewertung der Gegenmaßnahmen durch das Wahlvolk einen gewissen Einfluss auf die kommenden Unterhauswahlen haben wird.

5 Skandale

Die massive Fälschung von Stimmzetteln bescherte einem erfolglosen Referendum, das Neuwahlen in Aichi gefordert hatte, nationale Aufmerksamkeit. Der berühmte Arzt Katsuya Takasu wollte zusammen mit dem Bürgermeister von Nagoya, Takashi Kawamura, die Absetzung von Gouverneur Hideaki Ōmura erreichen, nachdem dieser die kontrovers diskutierten Installationen auf der Kunstaussstellung Aichi Triennale 2019 verteidigt hatte (Winkler 2019: 34). Die von vielen rechten Intellektuellen unterstützte Kampagne verfehlte jedoch nicht nur ihr numerisches Ziel, sondern resultierte in der Festnahme von mehreren Verantwortlichen, darunter dem Büroleiter des Organisationskomitees. Eine Prüfung durch die Wahlkommission in Aichi ergab, dass 362.000 der 435.000 abgegebenen Stimmen ungültig waren. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, dass Büroleiter Tanaka sowie einige Mitstreiter über eine Marketingagentur Teilzeitkräfte in Saga angeworben hatten, die mehr als 300.000 Stimmen fälschten (MS 22.07.2021).

Das Thema »Geld und Politik« verursachte auch 2020–2021 mehrere Skandale. Dem ehemaligen Agrar- und Fischereiminister Takamori Yoshikawa wird Bestechlichkeit vorgeworfen. Yoshikawa hatte 2018–2019 insgesamt fünf Millionen Yen an Schmiergeld vom Vorstand des Hühnerei-Produzenten Akita Foods erhalten. Der Vorstandsvorsitzende der Firma erreichte somit, dass sich Yoshikawa in seiner Funktion als Agrarminister gegen schärfere Regeln zur artgerechten Tierhaltung aussprach. Diese hätten teure Investitionen für Akita Foods und die gesamte Branche nach sich gezogen (YS 29.06.2021).

Der ehemalige Justizminister Katsuyuki Kawai wurde im Juni 2021 der Wahlbestechung schuldig befunden und zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Tōkyōter Landesgericht sah es als erwiesen an, dass Kawai vor der Oberhauswahl 2019 29 Millionen Yen an circa 100 Lokalpolitiker in der Präfektur Hiroshima verteilt hatte, um seiner Frau Anri den Weg ins Parlament zu ebnen (YS 19.06.2021).

Das rechtliche Nachspiel der Vorgänge um den Frühjahrsempfang des Premierministers (Winkler 2020: 39) ging auch 2021 weiter. Die Staatsanwaltschaft hatte entschieden, Ex-Premierminister Abe nicht wegen etwaiger Verstöße gegen das Wahlgesetz im Zusammenhang mit der Finanzierung eines Empfangs am Abend vor dem Frühjahrsempfang anzuklagen. Der staatsanwaltschaftliche Untersuchungsausschuss kritisierte die Entscheidung als »ungerechtfertigt«. Zu einer Klageerzwingung wird es allerdings nicht kommen, dazu hätte der Ausschuss die Entscheidung der Staatsanwaltschaft als »einer Anklage angemessen« einstufen müssen (AS 31.07.2021).

Ein weiterer Skandal um fragwürdige Einflussnahme auf politische Entscheidungen erreichte das nähere Umfeld des Premierministers. Minister sowie hochrangige

Beamte des Innenministeriums hatten sich von Repräsentanten diverser Firmen zu teuren Essen einladen lassen. Solche Treffen mit Firmen, die in den Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums fallen, verstoßen gegen den Moralkodex für Staatsbedienstete. Ein besonderes Augenmerk fiel dabei auf die Kontakte von Tōhoku Shinsha Film zum Innenministerium. Die Firma hatte 2017 eine Lizenz zur Satellitenausstrahlung erhalten, obwohl ausländische Investoren Anteile von mehr als 20 % an Tōhoku Shinsha hielten, und die Firma somit gegen das Rundfunkgesetz verstoßen hatten. Für Premierminister Suga problematisch war nicht nur, dass Tōhoku Shinsha von einem seiner Unterstützer geleitet wurde, sondern dass sein Sohn ebenfalls Firmenmitglied war und an den Treffen mit Ministerialbeamten teilgenommen hatte. Der Premierminister argumentierte, dass sein Amt und die Arbeit seines Sohnes nichts miteinander zu tun hätten, die Opposition hingegen fragte, wie ein Beamter ein Essen mit dem Sohn des Premierministers ausschlagen könne. Als Folge des Skandals mussten mit der Pressesekretärin Makiko Yamada und dem administrativen Vizeminister im Innenministerium Yasuhiko Taniwaki zwei ranghohe Beamte, die Suga nahestanden, von ihren Posten zurücktreten. Politische Konsequenzen blieben indes aus (MS 27.03.2021). An dieser Episode zeigt sich wie bereits bei diversen Fällen (Moritomo, Kake Gakuen) zu Zeiten des zweiten Abe-Kabinetts der gestiegene Einfluss des Amtes des Premierministers (Shushō Kantei) auf die Ministerien und ihre hochrangigen Beamten. Konnten letztere in der Vergangenheit eine weitgehend eigenständige Personalpolitik betreiben, sind sie unterdessen auf die Gunst des Kantei angewiesen und versuchen es diesem so recht wie möglich zu machen, um ihre Beförderungen nicht zu gefährden (Winkler 2018: 35). Dies kann durchaus als Schattenseite des jahrzehntelangen Rufs nach »politischer Führung« verstanden werden.

Als die Sommerspiele in Tōkyō mit einem Jahr Verspätung stattfanden, war die Führungsriege der Verantwortlichen hinter deren Bewerbung und Organisation komplett ausgetauscht. Die treibenden Kräfte hinter der Bewerbung (der ehemalige Gouverneur von Tōkyō Shintarō Ishihara sowie Premierminister Abe) waren bekanntermaßen schon (lange) vor der Austragung zurückgetreten. In den sechs Monaten vor Beginn der Spiele resultierten Fauxpas und mangelnde Hintergrundüberprüfungen in einer Welle von Rücktritten. Der Vorsitzende des Organisationskomitees und ehemalige Premierminister Yoshirō Mori etwa hatte im Februar 2021 erklärt, weibliche Präsenz würde Sitzungen unnötig in die Länge ziehen. Der öffentliche Druck zwang ihn zum Rücktritt. Darauf versuchte er den ehemaligen Vorsitzenden des japanischen Fußballverbandes Saburō Kawabuchi als Nachfolger zu gewinnen. Diese Entscheidung brachte weitere Kritik mit sich, nachdem Mori sich öffentlich für Kawabuchi als Nachfolger stark gemacht hatte. Letztlich verständigte

sich das Organisationskomitee auf die Ernennung von Seiko Hashimoto, die bis dato im Kabinett Suga für die Austragung der Sommerspiele zuständig gewesen war (MS 19.02.2021). Fragwürdige Bemerkungen wurden jedoch nicht nur Mori zum Verhängnis. Der für die musikalische Untermalung der Eröffnungsfeier zuständige Komponist Keigo Oyamada trat nur wenige Tage vor Beginn der Spiele zurück, nachdem bekannt geworden war, dass er sich in einem älteren Interview mit der Belästigung von behinderten Mitschülern gerühmt hatte. Der Regisseur Kentarō Kobayashi wurde von seinen Aufgaben entbunden, nachdem publik geworden war, dass er Witze über den Holocaust gerissen hatte. Hiroshi Sasaki, der bei den Feiern Regie führen hätte sollen, gab sein Amt auf, nachdem er überlegt hatte, eine bekannte Schauspielerin als »Olympia-Schwein« (»olympig«) bei der Eröffnungsfeier auftreten zu lassen. Der Vorsitzende des nationalen Olympischen Komitees Tsunekazu Takeda war bereits Mitte 2019 von seinem Amt zurückgetreten, nachdem die französische Staatsanwaltschaft ihn im Zusammenhang mit Bestechung rund um die Vergabe der Spiele in Tōkyō befragt hatte (AS 12.08.2021).

6 Energiepolitik

Im Oktober 2020 verkündete Premierminister Suga das Ziel der Regierung, Klimaneutralität und somit ein Ende der Emission von Treibhausgasen in Japan bis 2050 zu erreichen. Damit zog die japanische Regierung, wenn auch mit etwas Verspätung, mit anderen G7-Staaten gleich. Daraus folgen zahlreiche, teils signifikante Änderungen u. a. in Japans Energiepolitik. Ein erster Hinweis, wie die Regierung das obige Ziel zu erreichen gedenkt, findet sich in dem vom Wirtschaftsministerium vorgestellten Entwurf des neuesten Energie-Rahmenplans. Dieser sieht vor, den Anteil erneuerbarer Energien im Jahre 2030 von den bisher anvisierten 22–24 % auf 36–38 % zu steigern, und im Gegenzug den Anteil fossiler Energie von bis dato angedachten 56 % auf 41 % zu reduzieren. Dazu bedarf es allerdings einer Beschleunigung der Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren sowie des Ausbaus der bisher vergleichsweise geringen Speicherkapazitäten (YS 22.07.2021a). Der Anteil der Kernkraft am Energiemix im Jahre 2030 soll demnach unverändert bei 20–22 % liegen. Inwieweit dieser Energiemix realisierbar ist, bleibt abzuwarten. So bräuchte es 27 Reaktoren um den Wert von 20–22 % zu erreichen. Allerdings sind zehn Jahre nach dem Reaktorunglück in Fukushima lediglich 10 Reaktoren wieder ans Netz gegangen. Zudem würde die Größe der kommerziellen Reaktorflotte selbst bei einer Laufzeitverlängerung aller Reaktoren von 40 auf 60 Jahre auf 23 sinken. Ohne Neubauten ließe sich der obige Wert von 20–22 % somit kaum realisieren. Vor diesem

Hintergrund forderte die *Yomiuri Shinbun* von der Regierung, zügig eine Debatte über den Bau neuer Reaktoren anzustoßen (YS 22.07.2021b). Auf der anderen Seite kritisierte die *Mainichi* die Regierung für ihr Festhalten an der Atomkraft. Das Ziel von 20–22 % sei unrealistisch und stehe im Widerspruch zu den neuesten Berechnungen des Wirtschaftsministeriums, welche der Kernenergie aufgrund des Reaktorunfalls in Fukushima vergleichsweise hohen Kosten bescheinigten (MS 28.07.2021). Die Leitartikel der großen Tageszeitungen zeugen davon, dass das von Suga ausgegebene Ziel der Klimaneutralität an sich relativ unumstritten sein mag, der Weg dorthin jedoch wohl weiter für kontroverse Diskussionen sorgen wird.

7 Debatten um die Zukunft des Kaiserhauses

Nach dem Ende der im Zusammenhang mit der Inthronisierung des Reiwa-Kaisers stehenden Zeremonien richtete sich der Blick erneut auf die mittel- und langfristige Zukunft des Kaiserhauses. Dabei geht es vor allem um zwei Fragen: Zum einen, wie die Aufgabenlast von den Mitgliedern der kaiserlichen Familie nach dem Rücktritt des Heisei-Kaisers und seiner Gemahlin bewältigt werden kann, und zum anderen, wie die Thronfolge zukunftssicher gestaltet werden kann. Vor dem Hintergrund von aktuell lediglich drei verbleibenden Thronfolgern¹ ist das Thema Thronfolge-regelung in den letzten zwei Jahrzehnten immer wieder (kontrovers) diskutiert worden. So hatte 2006 ein vom damaligen Premierminister Koizumi einberufenes Expertengremium ein Ende der seit der Meiji-Zeit bestehenden ausnahmslos männlichen Thronfolge vorgeschlagen. Durch die kurz darauf folgende Geburt des ersten männlichen Thronfolgers (Prinz Hisahito) in vier Jahrzehnten wurde das umstrittene Thema auf Eis gelegt (Winkler 2011: 35). In der Folgezeit überlegte die DPJ-geführte Regierung 2012, Prinzessinnen auch nach ihrer Heirat mit einem Bürgerlichen als Mitglieder der kaiserlichen Familie zu führen, und somit etwaige Nachkommen als potentielle Thronfolger zu gewinnen. Aufgrund des jähen Endes der DPJ-Regierung wurde diese Idee jedoch nicht weiterverfolgt. Bevor die Regierung Abe das Thema Nachfolge erneut auf die Agenda setzen konnte, erklärte Kaiser Akihito im August 2016 seine Absicht zurückzutreten. Im Rahmen der gesetzlichen Neuregelung, welche die legale Basis für die Abdankung schuf, einigten sich Regierung und Opposition 2017 darauf, dass die Regierung »zeitnah« zukunftsichere Nachfolgeregelungen untersuchen und dem Parlament über selbige Studien Bericht

¹ Dabei handelt es sich um den Bruder des Kaisers, Prinz Akishino, dessen 14-jährigen Sohn Hisahito, sowie Prinz Hitachi, dem 85-jährigen Onkel des Kaisers (YS 27.07.2021).

erstatten werde. Diesem Kompromiss wurde mit der Einsetzung einer neuen Kommission, bestehend aus sechs Mitgliedern aus Wissenschaft, Wirtschaft und der Unterhaltungsbranche, Rechenschaft getragen. Den Vorsitz der Kommission hat der ehemalige Präsident der Keiō Universität Atsushi Seike inne (MS 17.03.2021; YS 27.07.2021).

Auf einer Pressekonferenz im Rahmen der Vorstellung des Zwischenberichts der Kommission Ende Juli 2021 erklärte Seike, dass sich die Kommissionsmitglieder auf zwei mögliche Maßnahmen zur Erweiterung der kaiserlichen Familie und somit einer Verteilung der öffentlichen Aufgaben auf mehr Schultern verständigt hätten: 1) die bereits oben erwähnte Möglichkeit, Prinzessinnen auch nach ihrer Heirat als Mitglieder der kaiserlichen Familie zu führen und 2) die Wiedereingliederung von männlichen Mitgliedern der 11 ehemaligen kaiserlichen Familien, die 1947 zu Bürgerlichen gemacht worden waren. Zugleich betonte Seike, dass etwaige Vorschläge zur Neuregelung der Thronfolge erst im nächsten Schritt erfolgen würden (YS 27.07.2021).

Diese langsame Herangehensweise ist der ideologischen Sprengkraft der Materie sowie großer Zurückhaltung innerhalb der Regierung Suga geschuldet. In der Frage um die Nachfolgeregelung stehen sich seit jeher konservative Kräfte in der LDP und konservative Intellektuelle, die die gegenwärtige, männliche Thronfolgeregelung als Tradition ansehen und um jeden Preis erhalten wollen, und progressivere Stimmen, die sich vor dem Hintergrund von Gleichberechtigung auch eine Frau als Tennō vorstellen können, erbittert gegenüber (Winkler 2011: 28–35). Vor den Unterhauswahlen im Herbst ist die Regierung offensichtlich nicht gewillt, konservative Abgeordnete und deren Unterstützer vor den Kopf zu stoßen. Folglich wird die Kommission ihren Abschlussbericht erst nach den Unterhauswahlen vorlegen. Hinzu kommt, dass man in der Regierung die Nachfolgeproblematik eher als ein mittel- bis langfristiges Problem ansieht, da die Thronfolge durch Prinz Hisahito gesichert sei und man somit 20–30 Jahre Zeit habe, um Neuregelung zu beschließen (YS 27.07.2021).

Allerdings wäre selbst die Realisierung der aus Regierungssicht kurzfristig wichtigeren Maßnahmen gegen die sinkende Zahl von aktiven Mitgliedern der kaiserlichen Familie alles andere als trivial (MS 27.07.2021). So hat der Historiker Hidehiko Kasahara den zweiten Vorschlag unter dem Verweis auf mangelnde öffentliche Akzeptanz und die (zu) entfernte Verwandtschaft zur jetzigen kaiserlichen Familie als unrealistisch verworfen (Winkler 2011: 33). Konservative Intellektuelle wiederum kritisierten den ersten Vorschlag, weil er nicht zur Erhaltung der männlichen Linie beitragen würde (MS 10.07.2021).

Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (17.09.2020), »Suga Naikaku Hassoku« [Amsantritt des Kabinetts Suga], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (18.09.2020), »Suga Naikaku Shiji 65 %« [Zustimmung für das Kabinett Suga bei 65 %], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (26.10.2020), »Toyama Chiji, Nitta-shi Hatsutōsen« [Herr Nitta zum ersten Mal zum Gouverneur von Toyama gewählt], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (25.12.2020), »GoTo Meisō no Genkyō« [Hauptursache für die GoTo Irrfahrt], S. 18.
- AS (*Asahi Shinbun*) (28.01.2021), »Gakujutsu Kaigi no Arikata, Dō Suru?« [Wie soll Wissenschaftsrat in Zukunft aussehen?], S. 20.
- AS (*Asahi Shinbun*) (04.02.2021), »Jitan, Nyūin Kyōhi ni Karyō« [Bußgelder für die Verweigerung kürzerer Öffnungszeiten und der Einweisung in ein Krankenhaus], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (13.04.2021), »Fukuoka Chiji ni Hattori-shi Hatsutōsen« [Herr Hattori zum ersten Mal zum Gouverneur von Fukuoka gewählt], Ausgabe West, S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (06.07.2021), »Senkyo no Kao Shushō ni Kishingō« [Warnsignal für Premierminister als Gesicht im Wahlkampf], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (19.07.2021), »Naikaku Shiji Saitei 31 %« [Zustimmung zum Kabinett bei 31 % auf bisher niedrigstem Stand], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (27.07.2021), »Togisen de mieta Mono« [Was die Wahlen zum Tōkyōter Abgeordnetenhaus gezeigt haben], S. 11.
- AS (*Asahi Shinbun*) (31.07.2021), »Yatō Kyōtō, Towareru Rengō« [Kooperation der Oppositionsparteien, Rengō im Fokus], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (31.07.2021a), »Abe Zen-Shushō no Fukiso Futō« [Entscheidung Ex-Premier Abe nicht anzuklagen ist »nicht gerechtfertigt«], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (10.08.2021), »Shūinsen, 809-nin Rikkōho Yōtei« [Unterhauswahlen, voraussichtlich werden 809 Kandidaten zur Wahl stehen], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (12.08.2021), »Kaikaishiki Meisō, Hibikanai Rinen« [Irrlichternde Eröffnungsfeier, Ideale mit mangelnder Resonanz], S. 3
- Ishikawa, Masumi und Jirō Yamaguchi (2010), *Sengo Seijishi* [Politische Geschichte der Nachkriegszeit], Tōkyō: Iwanami Shoten.
- JHU (Johns Hopkins University) (2021), *Corona Virus Resource Center: Understanding Vaccination Progress*, <https://coronavirus.jhu.edu/vaccines/international> (03.08.2021).
- Jiji (29.07.2021) »Yokohamashi Chōsen Okonogishi o Shien, IR de ha Mizo Suga Shushō« [Bürgermeisterwahl in Yokohama: Premierminister Suga unterstützt Herrn Okonogi, Differenzen über IR], <https://www.jiji.com/jc/article?k=2021072901044&g=pol> (03.08.2021).

- Krauss, Ellis und Robert Pekkanen (2010), *The Rise and Fall of Japan's LDP*, Ithaca: Cornell University Press.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (30.06.2008), »Jinken Yōgo Hōan: Giron no Yukue miezu« [Gesetzesentwurf zum Schutz von Menschenrechten: Entwicklung der Debatte nicht absehbar], S. 27.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (16.09.2020), »Suga-shi, Tōyōshoku ni Dōyū« [Herr Suga ernannt Verbündete auf hohe Parteiposten], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (29.09.2020), »Kōmeitō: Kōmei Shinshikkōbu Shikyū Baransu ni Hairyo« [Kōmeitō: Neue Kōmeitō Exekutive Balance zwischen Neu und Alt], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (03.10.2020), »Kenshō: Gakujutsu Kaigi 6nin Ninmei sezu« [Überprüfung: 6 Wissenschaftler nicht in den Wissenschaftsrat berufen], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (19.02.2021), »Gorin Soshiki Inkaichō ni Hashimoto-shi« [Frau Hashimoto wird Vorsitzende des Organisationskomitees der Olympischen Spiele], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (17.03.2021), »Kōshitsu: Kōi, Yūshikisha Kaigi Secchi« [Kaiserliches Haus: Einrichtung einer Expertenkommission zum Thema Nachfolge], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (27.03.2021), »21nendo Yosan Seiritsu ›Kitokuken Daha: Shushō ni Kizu« [Haushalt für das Fiskaljahr 2021 verabschiedet: Premierminister, der mit etablierten Interessengruppen brechen wollte, ist angeschlagen], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (03.05.2021), »Close-up: Corona Kaiken Yoron Mīai Seifu, Idō Seigen ha Shinchō« [Close-up: Verfassungsreform in Zeiten von Corona mit Blick auf die öffentliche Meinung, Regierung in Sachen Einschränkung der Bewegungsfreiheit zurückhaltend], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (03.05.2021a), »Nihonkoku Kenpō 73nen (sono 1)« [73 Jahre japanische Verfassung – Teil 1], S. 9.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (25.05.2021), »LGBT Hōan Jimin Bukai Funkyū« [LGBT Gesetzesentwurf, Chaos in LDP Abteilungssitzung], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (10.07.2021), »Kōshitsu: Kōzoku Kazu kakuho, 2an Yūsen Giron« [Kaiserlicher Haushalt: Erhalt einer bestimmten Zahl von Mitgliedern der kaiserlichen Familie, Debatte zweier Vorschläge wird priorisiert], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (19.07.2021), »Senkyo: Hyōgoken Chijisen Shinjin Saitō-shi ga Hatsu Tōsen« [Wahlen: Neuling Herr Saitō zum ersten Mal zum Gouverneur von Hyōgo gewählt], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (22.07.2021), »Aichi Rikōru Shomei Netsuzō Jiken Kiso« [Anklage im Fall der Unterschriftenfälschung im Rahmen des Recalls in Aichi], S. 8.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (27.07.2021), »Shōten: Kōzoku Kazu Kakuho, 2-an ni Kettei« [Brennpunkt: Erhalt einer bestimmten Zahl von Mitgliedern der kaiserlichen Familie, Einigung auf zwei Vorschläge], S. 2.

- MS (*Mainichi Shinbun*) (28.07.2021), »Shasetsu: Genpatsu Iji no Kihon Keikatsu Genjitsu Chokushi Hassō no Tenkan o« [Leitartikel: Rahmenplan, der den Erhalt der Atomenergie vorsieht: Die Regierung soll der Realität ins Auge schauen und einen konzeptionellen Wandel einleiten], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (30.07.2021), »Close-up: Shingata Corona, Shinki Kansen Imannin chō« [Close-up: Neuartiges Corona-Virus, Zahl der Neuinfektionen bei mehr als 10.000], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (09.08.2021), »Suga Seiken: Matsuri no ato, nokoru Kadai« [Regierung Suga: Probleme bleiben auch nach dem Fest], S. 2.
- Matsui, Shigenori (2011), *The Constitution of Japan: A Contextual Analysis*, Oxford: Hart Publishing.
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (02.11.2020), »Hantai Tasū de Ōsaka-shi sonzoku, Matsui-shi ha Seikai Intai Hyōmei« [Nach Gegenmehrheit Stadt Ōsaka bleibt bestehen, Herr Matsui kündigt Rückzug aus der Politik an], <https://www.nhk.or.jp/senkyo/database/local/osaka/16878/skh49484.html> (03.08.2020).
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (22.03.2021), »Chiba-ken Chijisen Moto Chibashichō Kumagai Toshihito-shi ga Hatsu Tōsen« [Gouverneurswahl in Chiba: Herr Toshihito Kumagai, ehemaliger Bürgermeister von Chiba Stadt, zum ersten Mal gewählt], <https://www.nhk.or.jp/senkyo/database/local/chiba/16536/skh48175.html> (03.08.2021).
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (21.06.2021), »Kawakatsu-shi 4-sen, Shizuoka-ken Chijisen o furikaeru« [Herr Kawakatsu zum vierten Mal gewählt; Rückblick auf die Gouverneurswahl in Shizuoka], <https://www.nhk.or.jp/senkyo/database/local/shizuoka/17385/skh50053.html> (03.08.2021).
- NNS (*Nishi Nihon Shinbun*) (27.10.2020), »Suga Shushō Onshitsu Gasu 50-nen Zero Sengen« [Premier Suga kündigt Reduzierung von Treibhausgasen auf Null zum Jahre 2050 an], S. 1.
- TKO (*Toyo Keizai Online*) (2020), »Suga Shushō, Hatsu no Shoshinhyōmei Enzetsu de Yūsen shita Jitsuri« [In seiner ersten Regierungserklärung priorisiert Premierminister Suga Utilität], 28.10.2020, <https://toyokezai.net/articles/-/384705>
- Winkler, Christian G. (2011), *The Quest for Japan's New Constitution*, Abingdon: Routledge.
- Winkler, Christian G. (2018), »Innenpolitik 2017/2018« in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2018: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 23–39.
- Winkler, Christian G. (2019), »Innenpolitik 2018/2019« in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2019: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 23–40.
- Winkler, Christian G. (2020), »Innenpolitik 2019/2020« in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2020: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 25–43.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (15.09.2020), »Suga-shi, Asshō de Jishin« [Herr Suga, Selbstvertrauen durch haushohen Sieg], S. 3.

- YS (*Yomiuri Shinbun*) (21.09.2020), »Suga Naikaku Shiji 74 %« [Zustimmung zum Kabinett Suga bei 74 %], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (26.4.2021), »Shūsān Yatō 3-shō« [Opposition siegt in drei Unter- und Oberhauswahlkreisen], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (29.05.2021), »LGBT Hōan Konkokkai Dannen« [Verzicht auf das Einbringen des LGBT-Gesetzesantrags während der laufenden Sitzungsperiode], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (19.06.2021), »Kawai Moto Hōshō ni Jikkei« [Ex-Justizminister Kawai zu Gefängnisstrafe verurteilt], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (29.06.2021), »Keiran Oshoku Zendaihyō Sōwai mitomeru« [Hühnerrei-Korruptionsskandal: Ehemaliger Vorstand gesteht Bestechung], S. 28.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (21.07.2021), »Jimin Habatsu, Kōnin Arasoī Kanetsu« [Intensiver werdender Kampf der LDP-Faktionen um Nominierungen], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (22.07.2021), »Jimin Teimei Kōmei ni Kikan« [Krise der LDP, Krisenbewusstsein bei der Kōmeitō], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (22.07.2021a), »Sai Ene Kakudai Mikiri Hassha« [Ausbau der erneuerbaren Energien als ein überhasteter Start], S. 7.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (22.07.2021b), »Shasetsu: Enerugii Keikaku ›Sūji Awase‹ de Owaraseru na« [Leitartikel: Lasst den Energieplan nicht als Zahlenspiel enden], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (27.07.2021), »Kōzoku Genshō Taisaku 2-an Heiki« [Maßnahmen gegen sinkende Zahl von Mitgliedern der kaiserlichen Familie, zwei Vorschläge nebeneinander gestellt], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (02.08.2021), »Hitode Genshō Tonai ha Genteiteki« [Rückgang der Menschenansammlungen in Tōkyō hält sich in Grenzen], Abendausgabe Tōkyō, S. 11.